

## Zentralwirtschaft oder freier Handel.

Von Abgeordneten Bürgermeister Dr. Franz Dinghofer.

In den verschiedensten Kreisen tauchen immer wieder Zweifel auf, ob das derzeitige System der öffentlichen Bewirtschaftung richtig sei, oder ob es nicht besser gewesen wäre, wenn man den freien Handel in seiner Betätigung nicht gehemmt hätte. Die Anhänger des freien Handels sagen sich, daß der Scharfblick des einzelnen, seine Beziehungen, seine individuelle Initiative, seine persönliche Tätigkeit das Ausschlaggebende sei, daß heute mehr Konsumgüter vorhanden wären, wenn der freie Handel nicht unterbunden worden wäre, daß nicht so ungeheure Mengen verdorben und zugrundegegangen wären, wenn der reelle Zwischenhandel in zweckentsprechender Weise zur Bewirtschaftung rechtzeitig herangezogen worden wäre. Sie sagen sich auch, daß der Weg, den jetzt der Staat geht, zur vollständigen Herrschaft des internationalen Großkapitals, der Großbanken und der Großindustrie führt und damit einen Capseiler der Existenz des Staates, den Mittelstand, preisgibt.

Die Anhänger der Zentralwirtschaft dagegen behaupten, der Industrielle, Kaufmann, der Gewerbetreibende habe lediglich ein Interesse, die Konjunktur auszunützen, zu verbienen, seine Geschäftsgebarung lediglich einzustellen auf den bekannten Grundsatz von Nachfrage und Angebot, und habe durchaus nicht die Pflicht, zu sorgen, daß jeder im Staate sein tägliches Brot auch wirklich bekomme. Hätte man den freien Handel gelassen, so wären bald die wenigen Konsumgüter, über die wir infolge der Absperrung vom Auslande und der verringerten Produktion im Inlande, insbesondere auch zur Ausschaltung einzelner wichtiger Gebiete im Inlande aus dem geordneten Betriebe der Volkswirtschaft noch verfügen können, vollständig verschwunden oder doch nur infolge des ungeheuren Preises nur mehr wenigen Ausgewählten zugänglich. Zum Schutze der Konsumenten sei daher ein staatlicher Eingriff bei der gegebenen Kriegslage notwendig geworden. Außerdem müsse man noch in Berücksichtigung ziehen den ungeheuren Kriegsbedarf, die Möglichkeit seines Auftretens, die unbedingte Notwendigkeit seiner Deckung, Aufgaben, denen der freie Handel auf die Dauer kaum gewachsen wäre. Dazu brauche man besondere wirtschaftliche Organe, und das seien die Zentralen.

Wenn wir nun die Frage zu beantworten suchen, ob die Zentralen, was jetzt das wichtigste wäre, durch ihre Gebahrung produktionsfördernd wirken, so kommen wir leider zu einem recht ungünstigen Resultat. Es ist ja richtig, daß die größten Ursachen der Produktionshemmung in den allgemeinen Kriegerscheinungen zu suchen sind, aber ebenso richtig ist, daß durch die Art unserer Zentralwirtschaft eine gewisse Verdrossenheit bei den Produzenten eingegriffen ist, insbesondere wenn diese sehen und hören, welche ungeheuren Gewinne die Zentralen einstreichen.

Wenn viele aus diesen Verhältnissen die radikale Schlussfolgerung ziehen: weg mit den Zentralen, so müssen wir aber sagen, daß wir im fünften Kriegsjahre keine neuen Experimente mehr machen dürfen. Wir müssen den einmal eingeschlagenen Weg weitergehen, wenn er auch ein Dornenweg wäre. Aber das können wir mit Recht verlangen, daß die gerügten Mißstände und Organisationsfehler hinsichtlich des Aufbaues und der Durchführung bei den Zentralen beseitigt werden und daß insbesondere die Stände, die sich mit der Führung der betreffenden Geschäftszweige im Frieden befaßt haben, zur Mitarbeit herangezogen werden, soweit es im Rahmen des Kriegswirtschaftlichen Zweckes überhaupt möglich ist. Es nützt uns heute nichts mehr, wenn wir darüber klagen und sagen, daß vielleicht ein Händler- und Konsumenten Syndikat das Richtige gewesen wäre, welches zur Organisierung unserer Konsumgüter von der Regierung mit der Leitung hätte beauftragt werden sollen. Es ist gar kein Zweifel, daß ein solches Syndikat gewiß auch das Interesse der Produzenten durch entsprechende Feststellung der Erzeugungskosten gewahrt hätte. Den wir alle, bis zum letzten Konsumenten, sind ja an der Produktion auf das Lebhafteste interessiert. Es ist auch gar kein Zweifel, daß die Preistreiberien, wie sie vielfach von den Zentralen ohne Notwendigkeit verursacht wurden, nicht möglich gewesen wären, daß es nicht möglich gewesen wäre, für einen Artikel Höchstpreise festzustellen und für andere nicht, die mit dem betreffenden in sicherer Relation standen, so z. B. für Sohlenleder, nicht aber für Treibriemenleder, für Spiritus, nicht aber für Edelshnapse, für Getreide, nicht aber für Futtermittel. Es ist ebenso sicher, daß das Händler- und Konsumenten Syndikat längst von den Produzenten die entsprechenden Kalkulationen zur Kontrolle ihrer jeweiligen Produktionskosten eingefordert hätte.

Dagegen müssen wir aber mit aller Entschiedenheit protestieren, daß der Staat auch weiterhin das gesamte Wirtschaftsleben den einigen wenigen Großbanken und Großindustriellen ausliefern und diesen eine unermeßliche Gewalt überträgt. Dieser Prozeß würde schließlich zur allgemeinen Verflavung führen, so daß es auf der einen Seite nur einige wenige große Kapitalisten gäbe, denen die ungeheure Masse des Proletariats gegenüberstünde. Wir lassen uns nicht proletarisieren, die Existenz der mittelständischen Betriebe muß aufrechterhalten werden im Interesse des Staates, im Interesse des deutschen Volkes. Die Zentralen, mit deren Existenz wir uns vorläufig abfinden müssen, haben lediglich den Zweck, eine Kriegswirtschaftliche Hilfsorganisation der Staatsverwaltung zu sein, und wenn sie diesen Zweck erfüllt haben, haben sie die Aufgabe, sofort wieder zu verschwinden.

Was die ungeheuer schwierige Frage der Uebergangswirtschaft betrifft, so läßt sich der Aufgabenkreis für dieselbe überblicken, aber die Art der Lösung hängt selbstverständlich vielfach vom Kriegsende ab. Der Weg von der heutigen Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft kann sich natürlich nicht vollziehen, daß wir mit einem Schlage aus der

Gebundenheit zur vollen Freiheit übergehen. Dies geht schon deshalb nicht, weil wir uns schützen müssen, daß nicht strupellose Existenzen und monopolistische Unternehmungen bei Friedensbeginn sämtliche erreichbaren Rohstoffe an sich reißen. Im Gegenteil, wir müssen fordern, daß die kleinen Betriebe zuerst die Rohstoffe bekommen. Diesen muß zuerst vollwirtschaftlich aufgeholfen werden, denn gerade hinsichtlich der kleinen mittelständischen Betriebe ist das wirtschaftliche Lebensfeld ungeheuer groß. Wir fordern weiter ein rasches einheitliches, zielbewusstes Vorgehen der staatlichen Verwaltung. Die Eisenbüchteleien unter den verschiedenen Ministerien müssen aufgehört. Sie haben während des Krieges genug Schaden gestiftet. Die sachliche und persönliche Demobilisierung muß zweckmäßig vor sich gehen. Auch dieser kommt eine große Bedeutung für die Aufrichtung unserer gesamten Volkswirtschaft zu.

Es ist klar, daß die Staatsverwaltung allein den großen Aufgabenkreis nicht bewältigen können, sie bedarf dazu wieder Hilfsorganisationen, und in dieser Richtung müssen wir fordern, daß die Interessen der verschiedenen Berufsgruppen, Industrie, Handel, Gewerbe, Arbeiterschaft und der Konsumenten, in entsprechender Weise bei der Zusammenlegung derselben berücksichtigt werden und nicht bloß wieder Wirtschaftsverbände einseitig interessierter herangezogen werden. Es müssen ferner alle Vorbereitungen in einer solchen Art und Weise getroffen werden, daß dadurch die Zentralen möglichst rasch überflüssig werden. Es ist doch ohne jeden Zweifel, daß die Aufgaben der Güterbeschaffung und Güterverteilung leichter und besser mit dem Kaufmann und mit dem Gewerbetreibenden bewältigt werden können, als durch Schaffung neuer Organe, welche erst mit großer Mühe und Kosten und mit Zeitverlust sich jene Erfahrung erringen müssen, die diese Stände längst haben, ganz abgesehen davon, daß es eine Verschwendung von Kapital und Kraft wäre, die bereits vorhandenen bestehenden Kräfte brachliegen zu lassen. Die Schwierigkeiten werden bei uns um so größer sein, als wir ein Land sind mit stark passiver Handelsbilanz, und die ungeheuren finanziellen Wunden, die uns dieser furchtbare Krieg geschlagen hat, werden wir nur dann überwinden können, wenn jeder im Staate sein Bestes hergibt und sein Neuherties tut, mitzuhelfen, unsere zusammengebrochene Volkswirtschaft zu neuer Blüte zu bringen.

Selbstverständlich wird hierbei auch notwendig sein ein einheitliches Zusammengehen mit Deutschland und Ungarn. Leider hat es den Anschein, daß die Regierung zur Lösung dieser für unsere Zukunft geradezu entscheidenden Aufgaben wieder die Wirtschaftsverbände in erster Linie heranziehen will. Damit macht man aber wieder den Bod zum Gärtner, und wir sehen jetzt schon Banunternehmungen hervortreten, welche eigentlich im wesentlichen bereits im größten Stille Handelsgeschäfte treiben. Wir müssen mit allen Mitteln die vollständige Vertrustung des Erwerbslebens — und diese Gefahr droht uns — verhindern. Es gibt ja jetzt schon Stimmen, welche den Handwerkerstand für die Zukunft auf das Aussterbeetat setzen, die sagen, der Handwerker müsse sich an die neuen Existenzbedingungen der Produktion und der gesamten Staatswirtschaft anpassen und entweder in der Schichte des gut entlohnten Industriearbeiters aufgehen oder einen Aufstieg zu einer technisch produktiven Produktion im Handel oder in der kleinen Industrie vollziehen. Die Weltwirtschaft eines Staates und Volkes ist aber nicht unter staatlicher Leitung entstanden und gewiß nicht durch die Zentralen, sondern durch die Arbeitskraft des einzelnen. Zerstört man die Einzelwirtschaft, so zerstört man unsere volkswirtschaftliche Kraft. Die Einzelwirtschaft ist das beste Fundament des deutschen Volkes immer gewesen, vor einem Staate mit wenigen Großkapitalisten auf der einen Seite und Millionen abhängiger Existenzen auf der anderen Seite, ohne Möglichkeit jeden Aufstieges, davor möge uns das Geschick bewahren, daß das Herdenderfolg des Weltkrieges sei. Unter den gegebenen Verhältnissen können wir nichts anderes tun, als, sobald es die Kriegslage gestattet, diese Zentralen sukzessive aufzulassen und dem freien Handel Raum zu gewähren. Die größte Aufgabe der Zentralen wäre eigentlich — und sie würden sich dadurch das größte Verdienst erwerben — wenn sie selbst bestrebt wären, sobald als möglich überflüssig zu werden.